

**Das neue Bundeskinderschutzgesetz  
Hier: Finanzierung notwendiger Kosten  
für die Umsetzung des § 72 a SGB VIII  
für die Jugendverbandsarbeit**

Produkt 3.1.1/3 Kinder- und Jugendarbeit/  
Jugendverbandsarbeit

**Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00309**

**Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses vom 03.06.2014 (VB)**  
Öffentliche Sitzung

**I. Vortrag der Referentin**

Am 01.01.2012 ist das Bundeskinderschutzgesetz mit wesentlichen gesetzlichen Änderungen und Neuregelungen, insbesondere in der Wahrnehmung des Schutzauftrages für die öffentliche und freie Jugendhilfe und in der persönlichen Eignung von in der Kinder- und Jugendhilfe Tätigen, in Kraft getreten.

Einzelheiten hierzu sind der Beschlussvorlage des Sozialreferates/Stadtjugendamt zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes zu entnehmen (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00331).

Aufgrund der neuen gesetzlichen Regelungen hat das Stadtjugendamt die bestehende „Münchner Grundvereinbarung zu § 8 a und § 72 a Sozialgesetzbuch, Achtes Buch (SGB VIII) der Landeshauptstadt München“ weiter entwickelt. Zukünftig wird das Stadtjugendamt mit den Trägern der freien Jugendhilfe, die Einrichtungen und Dienste betreiben, eine „Münchner Vereinbarung zum Kinderschutz gemäß § 8 a Abs. 4 SGB VIII“ schließen.

Die Neuregelung des Gesetzes beinhaltet auch einen Tätigkeitsausschluss für einschlägig vorbestrafte Personen gemäß § 72 a SGB VIII. Diese Regelung ist auch im Feld der Jugendverbandsarbeit gemäß § 12 SGB VIII anzuwenden. Hierbei ist die besondere Situation der weit überwiegend von jungen Menschen ehrenamtlich selbst organisierten Jugendverbandsarbeit zu berücksichtigen. Der Kreisjugendring München-Stadt könnte hierbei städtische Aufgaben zur Erfüllung der gesetzlichen Regelungen übernehmen, benötigt aber hierzu zusätzlich Finanzmittel für notwendige Personal- und Sachkosten.

## **1. Ausgangslage**

Mit dem Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetzes wurde der § 72 a SGB VIII neu gefasst. Einschlägig vorbestrafte Personen werden von der Wahrnehmung der Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe und somit von regelmäßigem Kontakt zu Kindern ferngehalten. Wesentliche Neuerungen sind die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses - auch von neben- und ehrenamtlich Tätigen in der Kinder- und Jugendhilfe. Anhand der „Fachlichen Empfehlungen zur Handhabung des § 72 a SGB VIII (Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen)“ des Landesjugendhilfeausschusses ist das Einholen eines erweiterten Führungszeugnisses bei Ehrenamtlichkeit von der Art, Intensität und Dauer des Kontakts der ehrenamtlich tätigen Person zum Kind bzw. Jugendlichen abhängig.

### **1.1 Betroffene Ziele**

Handlungsziel S12.3 "Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes" für das Jahr 2015.

## **2. Besonderheiten bei den Jugendverbänden**

Mit Beschluss des Stadtrates wurde 1996 die Unterstützung und Förderung der Jugendverbände an den Kreisjugendring München-Stadt übertragen. Der Sozialreferent schloss im Auftrag des Oberbürgermeisters mit dem Vorsitzenden des Kreisjugendrings München-Stadt am 29.11.1996 einen Vertrag ab, der ihm die eigenverantwortliche Unterstützung und finanzielle Förderung der Jugendverbände und Jugendgruppen in München übertrug.

Eine besondere Situation ergibt sich bei der Umsetzung des Tätigkeitsausschlusses einschlägig vorbestrafter Personen im Bereich der ehrenamtlich Tätigen bei den Jugendverbänden und Jugendorganisationen.

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Sozialreferates, der Jugendverbände und des Kreisjugendring München-Stadt suchte deshalb nach einer Lösung, wie die Umsetzung des Kinderschutzes in diesem von ehrenamtlich Tätigen geprägten Arbeitsbereich erfolgen kann.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe sind sich einig, dass es im Sinne der Kinder und Jugendlichen in der verbandlichen Jugendarbeit in München ist, geeignete Maßnahmen zur Sicherung des Kindeswohles durchzuführen.

Jugendverbände werden von jungen Menschen selbst organisiert und verwaltet. Sie erfüllen mit der Hinführung junger Menschen zu demokratischer Beteiligung eine wesentliche gesellschaftliche Aufgabe und erhalten aus diesem Grund eine besondere Förderung. Jugendverbandsarbeit wird weitgehend ehrenamtlich von jungen Men-

schen und engagierten Erwachsenen durchgeführt und verantwortet. Der Großteil der Jugendverbände und Jugendorganisationen sowie deren Gliederungen verfügt über keine hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Neufassung des § 72 a SGB VIII stellt die Jugendverbandsarbeit vor große Herausforderungen. Im Rahmen der zu treffenden Vereinbarung nach § 72 a SGB VIII soll auf die Besonderheit der Jugendverbandsarbeit Rücksicht genommen werden. Der Schutzauftrag nach § 72 a SGB VIII wird mit der besonderen Förderungswürdigkeit der verbandlichen Jugendarbeit abgewogen. Der bürokratische Verwaltungsaufwand soll mit Rücksicht auf die ehrenamtlichen Strukturen in der verbandlichen Jugendarbeit so gering wie möglich gehalten werden.

Die Themengebiete „Kindeswohlgefährdung“ und „Prävention sexualisierter Gewalt“ sind bereits seit einigen Jahren fester Bestandteil der Präventionskonzepte der verbandlichen Jugendarbeit und verbindliche Inhalte der Jugend- und Gruppenleiter/-innen-Ausbildung. Das Sozialreferat/Stadtjugendamt und der Kreisjugendring München-Stadt sind sich einig, dass der Schwerpunkt im Bereich der ehrenamtlich organisierten Jugendverbandsarbeit auf Bildungs- und Präventionsarbeit liegen muss.

Die nach § 72 a SGB VIII zu treffende Vereinbarung konzentriert sich auf gefährdungsrelevante Arbeitsbereiche der verbandlichen Jugendarbeit und schreibt eine verbindliche Schulungs- und Präventionsarbeit (erweiterte Selbstverpflichtung) in der verbandlichen Jugendarbeit vor. Als gefährdungsrelevanter Arbeitsbereich der verbandlichen Jugendarbeit wird zunächst das Feld der „Fahrten und Freizeiten“ (im Sinne der Zuschussrichtlinien des Kreisjugendring München-Stadt) definiert. Mit jährlich über 700 geförderten Maßnahmen stellt dieser Bereich zudem den mit Abstand größten Förderbereich im Feld der Jugendverbandsförderung dar. Eine Überprüfung dieser Einschränkung erfolgt nach vereinbarter Erprobungsphase. Im Anschluss der Evaluation können bei Bedarf weitere Anpassungen erfolgen, um den Anforderungen des § 72 a SGB VIII zu entsprechen.

### **3. Lösungsvorschlag**

Die Umsetzung des § 72 a Abs. 3 SGB VIII wird in den Zuschussrichtlinien des Kreisjugendring München-Stadt an die Aktivitätenförderung der Jugendverbände, sowie in den jeweiligen Förderbescheiden geregelt. Konkret bedeutet dies, dass alle Betreuerinnen und Betreuer von Fahrten und Freizeiten ein eintragungsfreies (im Sinne des § 72 a Abs. 3 SGB VIII) erweitertes Führungszeugnis vorgelegen müssen. Dies gilt für alle Fahrten und Freizeiten, die im Rahmen der städtischen Jugendverbandsförderung bezuschusst werden. Als Serviceleistung richtet der Kreisjugendring München-Stadt eine Stelle zur Einsichtnahme der Führungszeugnisse ein. Diese Stelle bestätigt die Vorlage, die Eintragungsfreiheit sowie den Zeitpunkt der Wiedervorlage und dokumentiert dies in einer zentralen Münchner Datenbank aller Freizeitbetreuerinnen

und -betreuer. Die ausgestellten Bestätigungen sind von der Veranstalterin/dem Veranstalter aller Fahrten und Freizeiten vor Maßnahmenbeginn einzusehen und bei der Abrechnung der Maßnahme als Anlage zum Antrag vorzulegen.

Die Bescheinigung hat für das gesamte Feld der verbandlichen Jugendarbeit in München eine Gültigkeit von drei Jahren.

Das Sozialreferat/Stadtjugendamt wird beauftragt, auf dieser Grundlage eine Zusatzvereinbarung zu erstellen und diese mit dem Kreisjugendring München-Stadt abzuschließen. Dazu wird der Vertrag zur Förderung der Jugendverbandsarbeit um eine entsprechende Vereinbarung erweitert.

#### **4. Berechnung der zusätzlichen Kosten**

##### **4.1 Stelle zur Einsichtnahme der erweiterten Führungszeugnisse der Betreuerinnen und Betreuer von Freizeitmaßnahmen**

Der Kreisjugendring München-Stadt richtet eine Stelle ein, die alle erweiterten Führungszeugnisse von Betreuerinnen und Betreuern von Fahrten und Freizeiten, die im Rahmen der Jugendverbandsförderung bezuschusst werden, auf Eintragsfreiheit im Sinne des § 72 a Abs. 3 SGB VIII hin überprüft. Hierzu sind geeignete Maßnahmen zum Datenschutz vorzunehmen. Die Bezuschussung der Freizeiten hängt von dieser Überprüfung ab. Diese Förderbedingungen werden durch den Kreisjugendring München-Stadt in den Zuschussrichtlinien des Kreisjugendring München-Stadt für die Aktivitätenförderung der Jugendverbände und den zugehörigen Förderbescheiden festgeschrieben.

Benötigt werden hierzu eine 0,5 TVöD EG 8 Stelle, die 25.765 Euro entspricht, jährlich 2.500 Euro Sachkosten und zentrale Verwaltungskosten i.H.v. 1.979 Euro.

##### **4.2 Stelle zur Durchführung von Fortbildung und Qualifikation**

Der Kreisjugendring München-Stadt weist darauf hin, dass bei über 700 Fahrten und Freizeiten mit den Maßnahmen Prävention und Tätigkeitsausschluss eine größtmögliche Umsetzung des Kinderschutzes angestrebt wird, eine vollkommene Kontroll-dichte jedoch nicht erreicht werden kann.

Der Träger plant, bei den Jugendverbänden die notwendige Sensibilisierung für die Themenfelder "Kindeswohlgefährdung" und "Prävention zur sexualisierten Gewalt" durch geeignete Präventionskonzepte und Schulungsangebot sicherzustellen.

Hierzu wird der Kreisjugendring München-Stadt vor allem die kleineren örtlichen Jugendgemeinschaften, -verbände und -organisationen durch ein qualifiziertes Fort- und Ausbildungsprogramm in ihren Aufgaben unterstützen. Konkret sieht der Träger folgende Fortbildungsbedarfe:

- Ausbildungskurse für jährlich ca. 100 neu zu qualifizierende Jugendleiterinnen und Jugendleiter,
- Auffrischkurse für jährlich ca. 200 Jugendleiterinnen und Jugendleiter im Bereich "Prävention sexualisierter Gewalt",
- Allgemeine Beratung und Unterstützung der Jugendverbände,
- Fortlaufende Beratung, Entwicklung und Implementierung von verbandlichen Präventionskonzepten bei jährlich drei bis fünf Jugendverbänden.

Zur Wahrnehmung dieser Aufgabe wird eine 0,77 pädagogische Fachstelle TVöD S15, die 52.760 Euro entspricht, ein jährliches Sachkostenbudget von 15.000 Euro und zentrale Verwaltungskosten i.H.v. 4.743 Euro benötigt.

#### **4.3 Gesamtkosten**

Insgesamt entstehen dauerhaft jährliche Gesamtkosten von 102.747 Euro.

Da der gesetzliche Schutzauftrag bereits seit dem Jahr 2012 umzusetzen ist, ist es notwendig, möglichst zeitnah im laufenden Jahr 2014 mit der Entwicklung der Maßnahmen zu beginnen.

Hierzu muss eine personenbezogene Datenbank konzipiert und programmiert werden, die eine Erfassung der Einsichtnahmen der Führungszeugnisse der Betreuerinnen und Betreuer von Fahrten und Freizeiten auf Eintragungsfreiheit im Sinne des § 72 a Abs. 3 SGB VIII ermöglicht.

Auch für die beschriebenen Fortbildungen und die geplanten Qualifizierungen der Jugendverbände und der Jugendleiterinnen und Jugendleiter müssen Konzepte entwickelt und geeignete Honorarkräfte gewonnen werden.

Außerdem müssen mit ca. 69 Jugendverbänden und -initiativen im Stadtgebiet München entsprechende Absprachen getroffen und die notwendige Akzeptanz für die Maßnahmen bei den freiwillig Engagierten sicher gestellt werden.

Die genannten vorbereitenden Arbeiten sind in kurzer Zeit soweit zu entwickeln, dass die praktische Arbeit beginnen kann. Dadurch wird sich im ersten Jahr ein erhöhter Arbeitsaufwand abzeichnen. Der Träger kalkuliert hierzu einmalig pauschal mit einem doppelten Personal- und Sachkostenaufwand. Die konkreten Kosten werden durch den Träger mit der Verwaltung im Verwendungsnachweis abgerechnet. Sollten die konkret anfallenden Kosten tatsächlich niedriger sein als derzeit vom Träger angenommen, wird der nicht benötigte Betrag durch die Verwaltung zurückgefordert.

Das ergibt folgenden Mittelbedarf:

Einmalige Gesamtkosten im Jahr 2014: 154.120 Euro

Dauerhafte Gesamtkosten ab dem Haushaltsjahr 2015: 102.747 Euro

## 5. Finanzierung, Produkt 3.1.1/3, Kinder- und Jugendarbeit/Jugendverbandsarbeit

Die Finanzierung erfolgt aus zentralen Mitteln.

## 6. Kosten

	dauerhaft	einmalig	befristet
<b>Summe zahlungswirksame Kosten *</b>	102.747,-- € ab 2015	154.120,-- € in 2014	
davon:			
Personalauszahlungen			
Sachauszahlungen			
Transferauszahlungen	102.747,-- € ab 2015	154.120,-- € in 2014	
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente städtisch:			
neue Stellen Träger (VZÄ):	1,27		
Nachrichtlich Investition			

## Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Der Korreferentin/dem Korreferenten des Sozialreferates, der Verwaltungsbeirätin/dem Verwaltungsbeirat des Stadtjugendamtes, der Stadtkämmerei, der Frauengleichstellungsstelle und dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## Die Stadtkämmerei teilt zur Beschlussvorlage Folgendes mit:

"Die Stadtkämmerei erhebt grundsätzlich keine Einwände gegen die oben genannte Beschlussvorlage. Die Prüfung der Führungszeugnisse, auch bei den in der Jugendverbandsarbeit ehrenamtlich tätigen Betreuerinnen und Betreuern, ist aufgrund der Änderung des Bundeskinderschutzgesetzes verpflichtend.

Aus der Beschlussvorlage geht derzeit nicht eindeutig hervor, weshalb der Kreisjugendring München-Stadt die Einsichtnahme in die Führungszeugnisse nicht mit den bisherigen Personalkapazitäten leisten kann. Es gibt zum Beispiel keine Aussagen zur erwarteten Anzahl der einzusehenden Führungszeugnisse, nur zu den rund 700 bezuschussten Fahrten und Freizeiten."

**Das Sozialreferat/Stadtjugendamt hierzu ergänzend wie folgt Stellung:**

Zur Frage der Stadtkämmerei nach der Anzahl der einzusehenden Führungszeugnisse können derzeit nur Schätzwerte angegeben werden. Der Kreisjugendring München-Stadt geht im ersten Jahr von ca. 5.000 Personen aus, die ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen müssen. Zur Notwendigkeit einer Erhöhung der Personalkapazitäten zur Wahrnehmung der neuen Aufgaben des Bundeskinderschutzgesetzes wird auf den Punkt 4 der Beschlussvorlage verwiesen.

**II. Antrag der Referentin**

1. Der Stadtrat beauftragt das Sozialreferat/Stadtjugendamt, mit dem Kreisjugendring München-Stadt eine Zusatzvereinbarung zur Umsetzung des § 72 a SGB VIII abzuschließen.
2. Der Erhöhung der Förderung beim Kreisjugendring München-Stadt für die Umsetzung des § 72 a SGB VIII ab 2014 wird zugestimmt.
3. Das Sozialreferat wird beauftragt, die im Jahr 2014 einmalig zusätzlich erforderlichen Mittel in Höhe von 154.120 Euro auf dem Büroweg bei der Stadtkämmerei anzumelden. Das Produktkostenbudget des Produkts 60.3.1.1 (Finanzposition 4591.700.0000.2) erhöht sich in 2014 zahlungswirksam um 154.120 Euro.
4. Das Sozialreferat wird beauftragt, die ab 2015 dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 102.747 Euro im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung anzumelden. Das Produktkostenbudget des Produkts 60.3.1.1 (Finanzposition 4591.700.0000.2) erhöht sich ab 2015 zahlungswirksam um 102.747 Euro.
5. Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung im Rahmen des Finanzierungsmoratoriums.
6. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

### **III. Beschluss**

nach Antrag.

Die endgültige Beschlussfassung obliegt der Vollversammlung des Stadtrates.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München  
Kinder- und Jugendhilfeausschuss

Die/Der Vorsitzende

Die Referentin

Bürgermeister/-in

Brigitte Meier  
Berufsm. Stadträtin

### **IV. Abdruck von I. mit III.**

über den Stenographischen Sitzungsdienst  
**an das Direktorium – Dokumentationsstelle**  
**an die Stadtkämmerei**  
**an die Stadtkämmerei, HA II/11**  
**an die Stadtkämmerei, HA II/12**  
**an das Revisionsamt**  
z.K.

### **V. Wv. Sozialreferat**

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An das Sozialreferat, S-III-M**  
**An die Frauengleichstellungsstelle**  
**An das Sozialreferat, S-Z-F**  
**An das Sozialreferat, S-Z-P/LG**  
z.K.

Am

I.A.